

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl. unter Kreuzband mit gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Pränumerations - Ankündigung.

Auf die „Laibacher Zeitung“ nebst „Blätter aus Krain“ wird ein neues Abonnement eröffnet. Der Pränumerations-Preis beträgt in österr. Währung:

Vom 1. April bis Ende Dezember l. J.:
Mit Post, unter Kreuzband versandt 11 fl. 25 kr.
In Laibach, in's Haus zugestellt 9 „ — „
Im Comptoir unter Couvert 9 „ — „
Im Comptoir offen 8 „ 25 „

Vom 1. April bis Ende Juni l. J.:
Mit Post, unter Kreuzband versandt 3 „ 75 „
In Laibach, in's Haus zugestellt 3 „ — „
Im Comptoir unter Couvert 3 „ — „
Im Comptoir offen 2 „ 75 „

Laibach Ende März 1861.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 14. März d. J. den fürstbischöflichen Konsistorialrath, Dechant und Schuldistrikts-Aufsicher zu St. Georgen an der Stainz, Dr. Lorenz Vogrin, zum Kanonikus an dem Lavanter Domkapitel in Marburg allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 9. März d. J. an dem zum Konsul der argentinischen Republik für Triest ernannten G. Bauer die Bewilligung zur Annahme dieses Postens und auf dessen Bestallungs-Diplom das Allerhöchste Exequatur allergnädigst zu erteilen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. März v. J. den Handelsmann Karl Bianchi in Zuchal auf der Insel Madeira zum unbesoldeten österreichischen Konsul daselbst allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Finanzministerium hat sich bestimmt gefunden, die Berg- und Hütten-Verwaltung zu Szwozowice aus dem Verbands der Wälschtaier Berg- und Salinen-Direktion auszuscheiden und unter dem Titel „k. k. provisorisches Berg- und Hütten-Amt“ dem Finanzministerium unmittelbar unterzuordnen.

Der Polizeiminister hat die Konzepts-Adjunkten der Prager Polizei-Direktion, Franz Jawurek, und Gustav Baumgartner, zu Polizeikommissären daselbst ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 27. März.

Die beiden Festtage haben eine Anhäufung von Material veranlaßt, aus welchem wir das Interessanteste mittheilen. Wir beginnen mit inneren Angelegenheiten, deren beiläufige die ungarische ist. Ueber den Stand der Verhandlungen im Schooße der Regierung sind die mannigfaltigsten und unglaublichen Nachrichten und Gerüchte verbreitet. So schreibt man dem „Pester Lloyd“ aus Wien: Die Krise dauert in ihrer ganzen Heftigkeit fort und ihre Wirkung erstreckt sich sogar auf die Beschlüsse der Juber-Kurial-Konfe-

renz. In dem Augenblicke, wo ich Ihnen schreibe, ist weder bezüglich der Vorlagen für den Landtag, noch der Kurial-Beschlüsse eine Entscheidung getroffen. Die deutschen Minister stehen den ungarischen schroff und einmüthig gegenüber. Wenn unsere Regierungsmänner trotzdem an dem Erfolge nicht verzweifeln, so beruht ihre Hoffnung fast ausschließlich auf der Person des Monarchen.

Hochwichtig ist der Artikel Deak's gegen das Agrar-Ministerium. Wir haben dessen wesentlichen Inhalt telegraphisch bereits mitgetheilt; er liegt uns heute in extenso vor. Das interessante Schriftstück, welches sich über 10 Spalten des „P. Napló“ ausdehnt, zerfällt in zwei Theile: in den historisch-juridischen und in den persönlichen. In erstem sucht Deak Punkt für Punkt der in dem erwähnten Rundschreiben gegen die Ungarn erhobenen Vorwürfe zu widerlegen; in dem zweiten Theile spricht der Verfasser seine persönlichen Ansichten über die Stellung Ungarns zu Kroatien einestheils und zur Gesamtmonarchie andertheils aus. Diesen zweiten ungleich wichtigeren Theil lassen wir hier seinem Wortlaute nach folgen.

„Die Vereinigung oder Losreißung hängt zumeist von Kroatien ab. Aber wenn Kroatien gerade, wo es eine völlig unabhängige Stellung verlangt, diese Selbstständigkeit vor Allem dazu benützen würde, um in den Reichsrath zu treten und die zwischen uns bisher bestandenen Bande aufzulösen, nur um mit den österreichischen Erbprovinzen ähnliche, wo nicht noch engere Bande zu knüpfen; wenn Kroatien die Entscheidung der Fragen über Steuer- und Militär-Bewilligung dem ungarischen Landtage nur deshalb entziehen wollte, um dieselbe in die Hände des Reichsrathes zu legen; wenn es das ungarische verantwortliche Ministerium deswegen nicht will, weil es in Bezug auf die wichtigsten Gegenstände seines Staatslebens, wie es die dem Reichsrathe vorbehaltenen Angelegenheiten des Krieges, der Finanzen und des Handels sind, von dem österreichischen Ministerium, und zwar von dem wahrscheinlich nicht verantwortlichen Ministerium abhängen will; dann ist unsere Vereinigung an und für sich schon unmöglich.“

„Ungarn wird wahrscheinlich nicht in den Reichsrath treten; wir können die legitime Selbstständigkeit Ungarns nicht aufopfern; wir können die pragmatische Sanction, welche diese Stellung garantiert, nicht umstoßen; jenen heiligen und unverletzlichen Grundvertrag, welchen unsere Ahnen mit dem Herrscherhause geschlossen und welcher den Rechten der Nation wie des Fürsten gleichmäßig zur Grundlage dient, können wir nicht vernichten; das Recht der Steuer- und Rekruten-Bewilligung, welches seit Jahrhunderten der Nation zukam, können wir nicht in fremde Hände geben; das Recht der Gesetzgebung können wir mit Niemand Anderem als mit dem ungarischen Könige theilen; mit Einem Worte: wir können Ungarn nicht seiner gesetzlichen Selbstständigkeit und seiner durch Grundverträge garantierten alten Konstitution berauben und es zu einer österreichischen Provinz mit einer astroirten Verfassung machen.“

„Wenn also Kroatien im vermeintlichen Interesse seiner Zukunft sich von uns trennt und sich der stärkeren Macht anschließt, so können wir das nicht hindern, aber diesen Anschluß sind wir gezwungen als völlige Losreißung zu betrachten, denn es bleibt kein Gegenstand übrig, in Bezug auf welchen wir uns vereinigen könnten. Zu einer Personal-Union bedarf es zwischen uns keiner besonderen Vereinigung, denn die Personal-Union besteht ohnedies zwischen allen Provinzen des österreichischen Staates und so würde Kroatien mit uns in demselben Verhältnisse stehen, wie Galizien, Böhmen, Tirol oder Oesterreich.“

„Ich schreibe diese Zeilen mit dem Wunsche, es möge der versöhnende Geist des Einverständnisses alle

Länder und Völker der Krone des heiligen Stephan umschweben, auf daß sie in ihrer Einigkeit stark, durch ihre vereinte Kraft frei und jederzeit gegen einander bündig seien! Unser Wille ist ernst und entschlossen; um dieses Einverständniß zu Stande zu bringen und aufrecht zu erhalten, werden wir nicht zugeben, daß das bittere Andenken an die vergangenen Zeiten die friedfertige Stimmung der Billigkeit in unserer Brust erstickt; und wenn es dennoch nicht gelingt, dieses Vaterland einig zu machen, so möge Gott Richter zwischen uns und Jenen sein, wegen denen es unmöglich war, das angestrebte heilige Ziel zu erreichen.“

In der auswärtigen politischen Situation hat sich wenig verändert. Zwischen Rom und den Italienern sollen die Beziehungen besser geworden, die piemontesisch-französische Politik in eine neuere, glücklichere Phase getreten sein. Letztere wird in folgender Weise dargestellt: Man begie in Turin den dringenden Wunsch, baldmöglichst zur Befreiung Rom's zu schreiten. Graf Cavour begann damit, Petitionen unterzeichnen zu lassen, welche bei dem Turiner Parlamente beantragten, Frankreich zur Zurückziehung seiner Truppen aus Rom veranlassen zu wollen. Darauf ließ er in Paris anzeigen, daß das Parlament sein Kabinett ohne Zweifel auf Grund dieser Petitionen interpelliren würde; man möge ihn also von den französischen Absichten unterrichten, damit er antworten könne. Aus Paris wurde erwidert, die Diskussionen im Senate haben die Stimmungen in Frankreich herausgestellt, und der Kaiser betrachte sich durch die dort von seinen Ministern gegebenen Erklärungen gebunden. Es könne daher von einer Räumung Rom's von Seiten der französischen Truppen nicht die Rede sein. Graf Cavour ließ nun mittheilen, wenn man den Italienern Rom nicht gewähre, so müsse er seine Kräfte desto entschiedener Venedig zuwenden; es sei ihm unmöglich diesen Vulkan ohne Objekt zu lassen. Hierauf erfolgte eine neue Antwort aus Paris, des Inhaltes, daß ein Unternehmen Piemonts gegen Venedig, wie früher schon erklärt worden sei, auf dessen eigene Gefahr stünde. Man ist nun gespannt auf die Erklärungen bezüglich der römischen Frage, welche Graf Cavour dem italienischen Parlamente zugesagt hat (dieselben sind bekanntlich seitdem in Folge der Ministerkrise verschoben worden). Wie lange in Paris die letzte Wendung festgehalten werden wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen.

Daß die französische Besatzung in Rom verstärkt werden soll, wird jetzt mit Bestimmtheit gemeldet. Nicht eine Division, sondern eine Brigade soll demnächst unter General Dumont abgehen, der den zum Divisionär ernannten General Denoue ablöst. Trochu aber, der als Kommandant der Verstärkungs-Division genannt wurde, bleibt marschfertig in Lyon stehen, während in Toulon und Marseille fortwährend zureichende Transportmittel bereitgehalten werden. — Im französischen gesetzgebenden Körper ist die römische Frage nochmals durchgesprochen worden, ohne daß sich die Redner der Regierung an der Diskussion irgendwie betheiligten. Das Amendement von Jules Favre, welches sofortige Zurückziehung der französischen Truppen aus Rom verlangte, fiel trotz einer sehr glänzenden Rede Favre's, und die Adresse wurde schließlich votirt.

Der französische Botschafter in Petersburg, Herzog von Montebello, soll eine sehr wichtige Depesche nach Paris geschickt haben. In dieser Depesche soll der französische Gesandte seiner Regierung anzeigen, daß der kaiserliche Erloß, der die Befreiung der Leib-eigenen ausspricht, eine eher ungünstige als günstige Ausnahme in Rußland gefunden habe; daß auf vielen Punkten des weiten Reiches Unruhen ausgebrochen wären; daß sich sogar in der Hauptstadt des Landes ein schwüles Mißbehagen kundgebe, das man sich

kaum zu erklären wisse, und das im Palaste lebhafteste Besorgniß erzeuge. Der Czar sammle die militärischen Würdenträger von erprobter Treue um sich. Im höchsten Grade auffallend wird es gefunden, daß die russische Regierung, weit entfernt, aus dieser Sachlage ein Hehl zu machen, die Vertreter der auswärtigen Mächte davon in Kenntniß gesetzt habe.

Die Nachrichten aus der Herzegowina lauten noch immer ungünstig für die Türken. Allgemein schreibt man es der Unfähigkeit der türkischen Generale Derwisch und Nebemet Pascha zu, daß der Aufstand eine so bedeutende Ausdehnung gewinnen konnte, da sie genug Truppen zur Verfügung hatten, um die Insurrektion gleich im Keime zu ersticken. Die Pforte beabsichtigt andere Kommandanten in die Herzegowina zu senden, die dort stehenden Truppen zu verstärken, um den Aufstand dort und in Montenegro niederzuwerfen.

Korrespondenz.

Klagenfurt, 25. März.

△ Die Landtagswahlen in den Stadt- und Landgemeinden unseres Kronlandes sind vorüber. Schon heute liegt mir das Gesamt-Ergebnis derselben vor, welche im Allgemeinen als ein erfreuliches, was speziell Klagenfurt betrifft, als ein von allen Vaterlandsfreunden mit der lebhaftesten Freude begrüßtes, bezeichnet werden muß. Die Wahlen der Landgemeinden sind der Majorität nach konservativ ausgefallen, doch hat keine einzige einen Geistlichen gewählt; die Abgeordneten der Stadt und Umgebung Klagenfurt, sowie der Handelskammer sind Männer des entschiedenen Fortschrittes, welche die Interessen des Kronlandes zu vertreten, ebenso große Befähigung als regen Willen und Patriotismus in den Beratungssaal mitbringen. Mit Recht glaubt man in ihnen den Schwerpunkt des vorwärts drängenden Elementes der künftigen Landesvertretung zu finden, weshalb man auch allseitig mit großer Spannung im ganzen Lande den Ergebnissen der Wahl entgegen sah, und der bin und wieder beachtende Telegraph den ganzen Tag unaufhörlich thätig war, während man das Resultat der morgen stattfindenden Wahlen des Großgrundbesitzes unvergleichlich ruhiger erwartete. — Bei den vielfachen Berührungspunkten, welche unsere Kronländer in geschäftlicher und sozialer Beziehung mit einander haben, dürfte Ihren Lesern es nicht unwillkommen sein, wenn ich nachstehend die Liste der gewählten Landtags-Deputierten folgen lasse. — Vorgestern haben die Kärntner Handelskammer und die Stadtgemeinden ihre Vertreter im Landtage gewählt, und zwar: Die Stadtgemeinde Klagenfurt den neuen Bürgermeister, Kaufmann und Gutsbesitzer Gabriel Jeßernigg (mit 347 Stimmen), und den Advokaten Dr. Joh. Stieger (mit 279 Stimmen), wobei sich von 696 Wahlberechtigten 439 an dem Wahltage betheiligt hatten; die Stadtgemeinde Villach: den Advokaten und Notar Dr. Max von Mathis; der Wahlbezirk St. Veit, bestehend aus der Stadt St. Veit und dem Markte Felskirchen: den Bürgermeister von Felskirchen, Guts- und Gewerksbesitzer Joh. Jeßernigg; der Wahl-

bezirk Friesach, bestehend aus den Städten Friesach, Strabburg, ferner aus den Märkten Althofen und Hüttenberg: den Baron Dickmann'schen Fabrikdirektor Seeland; der Wahlbezirk Völkermarkt, bestehend aus den Städten Völkermarkt, Bleiburg und dem Markte Kappel: den Kaufmann und Bürgermeister Jos. Novack in Völkermarkt; der Wahlbezirk Wolfsberg, bestehend aus den Städten Wolfsberg, St. Leonhard, St. Andrä, mit den Märkten St. Paul und Unter-Drauburg: den Bleigewerksbesitzer Baron Paul v. Herbert, Mitglied des aufgelösten verstarbten Reichsrathes; der Wahlbezirk Spital, bestehend aus dem Markte Spital, der Stadt Gmünd und den Märkten Greifenburg, Ober-Vellach und Ober-Drauburg: den Advokaten und Notar Dr. Franz Feldner in Spital, und der Wahlbezirk Hermagor, bestehend aus den Märkten Hermagor, Tarvis und Malborgeth, mit den Orten Bleiburg und Kreuth: den Gewerksverwalter Karl v. Socher. — Die Wahlen in Klagenfurt waren um 1 Uhr beendet, worauf Nachmittags die der Handelskammer folgten, welche den hiesigen Kaufmann Leopold Nagel (Mitglied der Kammer), den Walzwerksbesitzer und Vertreter der Eisen-Industrie Gustav v. Rosthorn, und den schon oft in meinen Briefen genannten Handelskammer-Sekretär Leodegar Canaval deputirte. — Am 21. haben die Wahlen der sieben Landgemeinden nachstehende vierzehn Namen ergeben. Es wurden gewählt: Im Landbezirke Umgebung Klagenfurt: der Mehlfabrik-Feuer und Gutsbesitzer von Ehrenhausen Joseph Mayer, und der Gutsbesitzer von Draßing, Thaddäus v. Lanner (bei dieser Wahl hatte der k. k. Landes-Hauptmann Freiherr v. Buol-Bernburg die der Majorität am nächsten kommende Stimmenmehrheit); im Landbezirke Villach, Paternion und Rosegg: der Güter-Administrator Joseph Götz und der ständische Buchhalter Ferdinand Ritter v. Findeuigg; im Landbezirke St. Veit, Friesach, Althofen, Gurk und Eberstein: der Seilengewerk Johann Spitzer und der Gutsbesitzer Ferdinand v. Kuapitsch; im Wahlbezirke Hermagor, Tarvis, Arnoldstein und Rorschach: der Realitätenbesitzer Sebastian Jsepp und der fürstlich Porcia'sche Vizeom Oswald Nischelwiger; im Landbezirke Spital, Gmünd, Willstadt, Greifenburg, Ober-Vellach und Winklern: der k. k. Bezirksadjunkt Karl Siegl, und der Realitätenbesitzer Bürgermeister Joseph Larx; im Landbezirke Wolfsberg, St. Leonhard und St. Paul: der Realitätenbesitzer, Gemeindevorstand Paul Waschnier und der Grundbesitzer Joseph Dittisch, und in dem Landbezirke Völkermarkt, Eberndorf, Bleiburg und Kappel: der k. k. Bezirksvorsteher Jos. Kronig in Völkermarkt, und der Notar Dr. Hermann Mertlisch in Völkermarkt. — Es fehlt in dieser Liste der Name eines der um unser Heimatland verdientesten, mit dessen Verhältnissen vertrauesten und allgemein geachteten Männer, des Reichsrathes Franz v. Jacomini in Villach, welcher dieselbst in einer Vorwahl einstimmig als Kandidat für den Sitz im Landtage gewählt worden war, was aber der greise Patriot, in Berücksichtigung seines hohen Alters und seiner Gesundheit mit bezüglichen Worten öffentlich dankend

ablehnte. Es wohnt in diesem hoch intelligenten Vertreter der Blei-Industrie (— er besitzt ein Blei-Hauptgewerk, eine Drahtseil-Spinnfabrik zu Bleiberg, eine Glätte- und Mennigfabrik, ein Bleiplatten-Walzwerk und eine Zinkblenden-Farbenfabrik im Gailthale —) eine noch jugendlich frische Geisteskraft und eine warme Liebe zur Heimat. Hievon hat er in seinem Gutachten als Mitglied der Handelskammer „über die Mittel zur Hebung der Landesvaluta“ einen schlagenden Beweis gegeben. — In ähnlichem Sinne hatte sich ein zweites Kammermitglied, der Gutsbesitzer und Fabrikleiter Joseph Mayer, über die Valutafrage ausgesprochen, und beide Gutachten hatten bei der Öffentlichkeit so lebhaften Anklang gefunden, daß schon am nächsten Tage von sämtlichen Exemplaren des separat gedruckten Handelskammer-Protokolls, worin dieselben sich befanden, keines mehr in der Buchhandlung zu haben war, und man sich mit dem Gedanken trug, den beiden freimüthigen Vertretern der Kammer eine Vertrauens-Adresse zu votiren. — Nun hatte sich vor einigen Tagen hier das Gerücht verbreitet, es sei an die Staatsanwaltschaft der Auftrag ergangen, Mayer und Jacomini wegen ihrer Voten in Anklagestand zu versetzen, von dieser aber abgelehnt worden, weshalb vorläufig in der Sache nichts weiter geschehe. — Ich weiß natürlich nicht, was hieran Wahres ist, doch genügt schon das bloße Gerücht, um bei der ersten Landtagswahl (Umgebung Klagenfurt) den Namen Joseph Mayer aus der Wahl-Urne hervorgehen, und Jacomini einstimmig bei einer Probewahl als Kandidaten bezeichnen zu lassen. — Daß unser Landtag mitbin wohl einer der ersten sein wird, der für die Unverantwortlichkeit der Landtags-Abgeordneten, in Betreff ihrer parlamentarischen Thätigkeit, das Wort ergreift, ist nicht zu bezweifeln.

Oesterreich.

Aus Steiermark, 22. März, schreibt man der „Agrar-Zeitung“: Gestatten Sie mir, als Ihrem Landsmanne, in nachstehendem meine vom echt vaterländischen Sinne geleiteten Ansichten und Wünsche mitzutheilen: Ueber alles wünsche ich unserm Vaterlande Kroaten, jede gedeihliche, materielle und geistige Entwicklung; aber als ein eben so warmer Patriot bin ich „für ein einheitlich starkes Gesamt-Oesterreich. Nur in einem konstitutionellen, einheitlichen Oesterreich finden alle Länder desselben ihre höchste Wohlfahrt. Gesondert würden sie zertrümmert werden.“

Deutsche Sprache und Literatur, deutsche Sitten haben Ungarn und Kroaten zur Kultur gebracht, deutsche Sprache benötigen alle Länder Oesterreichs zu ihrer Fortbildung, und als staatliches Bindemittel — ohne daß die übrigen Volkssprachen in ihrer Ausbildung und inneren Anwendung gehemmt werden.

Soll ein starkes, konstitutionelles Gesamt-Oesterreich, zum Wohle Aller gedeihen, dann ist die Krönung des Kaisers weder in Ofen, Agram noch Prag nöthig. Die Kroaten erscheinen zwar als Romanisier, haben aber dennoch gegenüber den Ungarn, in der Jetztzeit volles Recht zu fordern, daß der Kaiser mit Zvonimir's Krone als König des dreieinigten König-

Feuilleton.

Entscheidungen des k. k. obersten Gerichtshofes.

Verbrechen des Mordmordes, begangen an Danilo Petrovich, Fürsten von Montenegro.

(Schluß.)

Der Umstand, daß bei der ersten von Dr. Marincovich vorgenommenen Besichtigung der Wunde und Erhebung des Krankheitszustandes und bei den damals stattgehabten ärztlichen Operationen die Gerichtspersonen nicht anwesend waren, ist mit Hinblick auf die Bestimmungen der §§ 82 und 263, St. P. O., unentscheidend, und beeinträchtigt keinesfalls die Beweiskraft des auf Grund ihrer Erhebungen und Wahrnehmungen von den Sachverständigen abgegebenen Gutachtens.

Die Untersuchungs-Kommission hat am nächsten folgenden Tage die hervorgetretenen Krankheitserscheinungen wahrgenommen und konstatiert, und nach dem Tode des Fürsten dessen Leichnam und die an demselben befindlichen Wunden besichtigt, deren Beschreibung mit jener der Ärzte Marincovich und Ledeschki vollkommen übereinstimmt. Der Untersuchungsrichter leitete die Thatbestands-erhebung, stellte an die Sachverständigen die Fragen, deren Beantwortung er für erforderlich hielt. Das von den Sachverständigen schließlich abgegebene Gutachten ist klar, bestimmt und vollständig, ist auf zuverlässige Beobachtungen und gerichtlich erhobene Thatumstände basiert und durch richtige, der Wissenschaft entnommene und selbst je-

dem Laien verständliche Grundsätze erklärt. Dieses, in legaler Form abgegebene, mit dem gerichtlichen Augenscheine und allen übrigen Ergebnissen der Untersuchung vollkommen übereinstimmende Gutachten liefert den gesetzmäßigen Beweis und verschafft dem Richter schon an und für sich die vollständige Gewißheit über den Umstand, daß der Tod des Fürsten in Folge der an ihm wahrgenommenen, durch die Hand des Carich ihm beigebrachten Verletzungen erfolgte; und da eben hierin nach §. 134, St. G., die wesentlichsten und unterscheidenden Merkmale des Verbrechens des Mordes liegen, so muß auch anerkannt werden, daß, obwohl die Leichenöffnung nicht vorgenommen wurde, dennoch im speziellen Falle der Thatbestand des vom Gesetze mit der Todesstrafe belegten Verbrechens des Mordes vollkommen nach allen erheblichen Umständen rechtlich bewiesen ist, was nach §. 284 St. P. O. im Vereine mit der Ueberweisungsart durch beschworene Zeugnisse vollkommen hinreicht, um gegen den Angeklagten die Todesstrafe verhängen zu können.

Es ist in keinem Gesetze ausgesprochen, daß der Thatbestand des Verbrechens des Mordes nur durch die Leichenöffnung nach allen erheblichen Umständen und vollkommen erhoben werden könne. Es lassen sich allerdings viele Fälle denken, in welchen zur Lösung der Frage, ob der Tod eines Menschen in Folge der an ihm wahrgenommenen Verletzungen eingetreten sei, die Vornahme der Sektion sich als notwendig und unerlässlich darstellt, und es ist allerdings wahr, daß nach §. 86 St. P. O., wenn sich bei einem Todesfalle Verdacht ergibt, daß derselbe durch ein Verbrechen oder Vergehen verursacht worden sei, die Leichenöffnung möglicherweise vorgenommen werden müsse; allein hierdurch ist nicht ausgeschlossen, daß der Thatbestand des Verbrechens des Mordes nach

allen erheblichen Umständen in einzelnen Fällen auch ohne die Leichenöffnung (wenn diese, wie im speziellen Falle, nicht vorgenommen werden konnte) rechtlich erwiesen werden könne. Dieß ist es allein, was der §. 284 in dieser Hinsicht fordert, und der Mangel der Sektion kann somit nach Ansicht des obersten Gerichtshofes der Verhängung der Todesstrafe nicht entgegenstehen. Der subjektive Beweis gegen den Angeklagten ist durch die mit allen Erfordernissen der §§. 128 und 269 St. P. O. versehenen, beschworenen und in der Schlußverhandlung vor dem erkennenden Gerichte selbst abgegebenen Aussagen der Angezogenen Stephan Tassovaz und Franz Pokorni gesetzmäßig hergestellt; und jedes Bedenken, welches man aus dem Inhalte ihrer Aussage gegen deren Glaubwürdigkeit erheben könnte, verschwindet, wenn man dieselben mit den Aussagen der Zeugen Lufan, Sterba, Winter, Karliczek, Jokauer, Broicovich, Stecovich, Circovich, Berco und Imra zusammenstellt, welche in ihrer Gesamtheit keinen Zweifel über die Identität des Angeklagten mit dem Thäter und über den Besitz des Mordwerkzeuges übrig lassen, wobei noch zu bemerken ist, daß auch alle übrigen gegen den Angeklagten im Laufe der Untersuchung erhobenen Umstände eine solche Kette von Verdachtsgründen bilden, daß man aus ihrer Verbindung zur vollen Ueberzeugung gelangt, Niemand Anderer als er habe das in Frage stehende Verbrechen begangen.

Auf Grund dieser Betrachtungen, und da auch bezüglich der Uebertretung gegen die öffentlichen Vorschriften der Beweis der Schuld des Angeklagten gesetzmäßig hergestellt ist, hat der oberste Gerichtshof die gleichförmigen Urtheile der unteren Gerichte ihrem vollen Inhalte nach zu bestätigen befunden.

reichs gekrönt werde. . . . Im Warasdiner und Zimner Komitate bergen sich zu viele magyarische Elemente. . . . Das Vermächtniß des unsterblichen Ban Jelacic. „Kroatien müsse seine Zukunft haben“, bedarf der Stützen und der Einigkeit zu seiner Verwirklichung. Die schwankenden Stimmen im Lande sind aber, gegenüber der Energie und Mittel der Gegner, viel zu geringe Stützen. Ich bin daher der Meinung, daß es diesmal, aber auch diesmal gerathen erscheine, den nächsten kroatischen Landtag durch konservative Abgeordnete der Grenze, je zwei pr. Regiment, zu verstärken. Wäre es mir zulässig, würde ich den Ban beschwören, die Grenze am Landtage vertreten zu lassen. Als Zeugen der Installation des Ban, des Besprechens des Verhältnisses zwischen Kroatien und Ungarn, wären die Abgeordneten der Grenze die kräftigsten Stütze den Konservativen Kroatiens. Die inneren Angelegenheiten des Provinzials gehen die Grenze, als gesonderter militärischer Institut, nichts mehr an; eben so wie die Provinzialen an dem Verhältnisse der Grenze nichts zu rühren hätten.

Großbritannien.

London. In der Sitzung des englischen Oberhauses vom 21. März fragte der Marquis von Normanby bei dem Kolonial-Sekretär an, wie es mit den Jonischen Inseln stehe. Die seit Dienstag eingelaufenen Nachrichten lauteten keineswegs befriedigend; denn es schiene daraus hervorzugehen, daß gegenwärtig die Legislatur auf den jonischen Inseln vollständig suspendirt sei. Seines Dafürhaltens habe die von der gesetzgebenden Versammlung beobachtete Haltung dem Lord-Oberkommissär keinen andern Ausweg gelassen, als die prorogation des Parlaments. Es sei ein trauriger Gedanke, wenn man durch alle diese Vorgänge begleitenden Umstände auf die Ansicht hingeleitet werde, daß die von dem jonischen Parlament gethanen Schritte mit der revolutionären Propaganda zusammenhängen, die gegenwärtig in jedem Lande Europas thätig sei. Vor etwa zwei Monaten habe Signor Dandolo, ein Mitglied der gesetzgebenden Versammlung, einen Brief an Lord J. Russell gerichtet und darin erklärt: dem, was er die patriotische Sache nenne, sei durch die revolutionäre Sprache, deren sich der edle Lord bei einer neulichen Gelegenheit bedient habe, Vorstoß geleistet worden. Seines Erachtens sei diese Verurteilung Signor Dandolo's als ein gegen Lord J. Russell vorgebrachtes Argumentum ad hominem nicht zu widerlegen. Es handele sich um die Depesche vom 27. Oktober. Es würde sehr wünschenswerth sein, wenn die Kollegen des Staats-Sekretärs des Auswärtigen sich dahin äußerten, daß sie die in jener Depesche ausgesprochenen Grundsätze nicht theilten. Fast die ganze ministerielle Presse habe den von Lord J. Russell aufgestellten Grundsatz für gefährlich erklärt. Er hoffe, von Seiten der Regierung die Erklärung zu vernehmen, daß sie entschlossen sei, jedem Versuche der Jonier, sich dem britischen Protektorat zu entziehen, energisch entgegenzutreten.

Der Kolonial-Sekretär Herzog von Newcastle entgegnete, es sei gestern eine Depesche über die Vorgänge auf den jonischen Inseln eingetroffen. Das dortige Parlament sei in gewöhnlicher Weise am 1. März einberufen worden und der Lord-Oberkommissär habe seine herkömmliche Eröffnungsrede gehalten. In dieser Rede vermöge er nichts Verleidendes noch irgendwie Ungehöriges zu erblicken. Das jonische Parlament nun habe einen Ausschuss ernannt, um eine Antwort auf die Rede aufzusetzen. Er wolle sich nicht gern in starken Ausdrücken über den Charakter des Antwortentwurfes aussprechen, sondern nur so viel sagen, daß derselbe einer Anklageakte gegen die Schutzmacht gleichkomme. Die darin aufgestellten Behauptungen ständen in so grellem Widerspruche mit der Wahrheit und die Anklagen seien so verrückt, daß sie ihre Widerlegung in sich selbst trügen. Es werde in dem Antwortentwurf gesagt, die Uebel, unter welchen die jonischen Inseln litten, hätten jetzt ihren Gipfel erreicht, viele derselben ließen sich auf die britische Herrschaft zurückführen, mit der Freiheit der Person, mit der Redefreiheit und jeder anderen Freiheit sei es vorbei, und die gesellschaftlichen und materiellen Interessen der Jonier seien vernachlässigt worden. Das Dokument schildere seinen Zustand der Dinge, wie er vor einem Jahre allenfalls in einem anderen Lande habe bestehen mögen, auf den unter britischem Protektorat stehenden jonischen Inseln hingegen schlechterdings undenkbar sei. Trotzdem hätte die Session vielleicht fort dauern können. Der Lord-Oberkommissär würde wohl kaum eine solche Antwort entgegen genommen haben. Doch hätten sich allerdings Mittel ausfindig machen lassen, um eine prorogation zu vermeiden. Dem hätten aber die Führer einer gewissen einflussreichen Partei entgegen gearbeitet. Zwei Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung, Signor Pacionis und Signor Lombardo, hätten am Samstag zwei Dokumente vorlegen wollen. Das eine fordere die Versammlung auf, alle Bewohner der jonischen

Inseln einzuladen, auf dem Wege des allgemeinen Stimmrechtes die Einverleibung in Griechenland und noch andere Dinge zu votiren. Das zweite Schriftstück wimmle von leeren und albernen Redensarten; des Pudels Kern aber bestehe in der an die christlichen Regierungen und an die christlichen Philanthropen gerichteten Aufforderung, die Türken aus Europa zu verjagen, oder mit anderen Worten, den ganzen Orient zu revolutioniren. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß beide Dokumente, namentlich aber das erstere, in Widerspruch mit den Befugnissen der Versammlung ständen, da kein Zweig der Gesetzgebung das Recht habe, die beiden anderen zu ignoriren, habe der Lord-Oberkommissär es für seine Pflicht gehalten, die Vorlegung der Schriftstücke nicht zu gestatten, und dieß an dem Tage, wo sie zur Diskussion kommen sollten, der Versammlung in einer Botschaft kundgethan. Die Versammlung habe hierauf durch eine Resolution beschloffen, die Dokumente nicht zurückzuziehen, und noch an demselben Tage habe Hr. Lombardo in sehr leidenschaftlichem Tone eine Rede über dieselben gehalten. Darauf hin habe der Lord-Oberkommissär, von der ihm durch die Verfassung verliehenen Befugniß Gebrauch machend, die Versammlung auf sechs Monate vertagt. Die Vorlegung der Papiere anbelangend, könne er sich nicht anheischig machen, sie sämtlich zurückzulegen; doch werde die Vorlegung derer erfolgen, aus welchen der Hauptsache nach der Hergang der eben erwähnten Thatsachen ersichtlich sei. Die Oktober-Depesche Lord J. Russell's habe durchaus gar keinen Bezug auf die jonischen Inseln, und wenn der Marquis von Normanby nicht den Beweis führen könne, daß die dortigen Zustände eine Aehnlichkeit mit den italienischen hätten, so breche sein ganzes Gerüde von selbst in sich zusammen. Die Regierung billige das Verhalten des Sir H. Storks und habe nicht davor zurück, die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen. Der gestern eingetroffenen Depesche zufolge herrsche nicht nur in der Stadt Corfu selbst, sondern auch in der Umgegend vollkommene Ruhe. Die Jonier würden hoffentlich einsehen, daß ihre wahren Freunde diejenigen seien, welche ihnen zur Beibehaltung des britischen Protektorats rathen.

Der Marquis von Normanby bemerkt, trotz alledem bleibe die Aeußerung in der Depesche Lord J. Russell's stehen, daß „das Volk allein darüber zu richten habe, ob seine Beschwerden der Art seien, daß ein Dynastiewechsel als gerechtfertigt erscheine.“ Earl Grey bemerkt, er zweifle gar nicht daran, daß Sir H. Storks weise gehandelt habe. Doch sei der Herzog von Newcastle der so ernsten jonischen Frage wohl kaum gerecht geworden. Er glaube allerdings, daß das englische Protektorat die größte Wohlthat für die Jonier sei. Wenn diese aber dessenungeachtet sich von Demagogen verleiten ließen, gegen die englische Schuttherrschaft anzukämpfen, so würde England wohl daran thun, sein Protektorat fahren zu lassen.

Türkei.

Von der **bosnischen Grenze**, 19. März, wird der „Agrar Zeitungs“ geschrieben: Die christliche Bevölkerung Bosniens wagt es kaum ihre Freude über die bisherigen Fortschritte der Aufständischen zu äußern, aber mit ängstlicher Spannung sehen sie den Nachrichten vom Kriegsschauplatz entgegen. Die Wahrheit hören sie zwar nicht, weil die Türken sehr schweigsam sind und nur dasjenige erzählen, was zu ihren Gunsten spricht. Indessen wird durch die verwundeten und in ihre Heimat zurückkehrenden Vasi-Bozucks unbezweifelt bestätigt, daß die Aufständischen nicht ohne Erfolg kämpfen.

In der Posavina haben die zusammenberufenen Vasi-Bozucks, welche laut früherer Weisung nach Sarajevo hätten abgehen sollen, den Befehl erhalten, in ihren Konzentrationssationen zu bleiben. Man vermuthet, daß dieselben an die Drina zur Beobachtung der serbischen Grenze dirigirt werden dürften, weil von dort aus eine Kooperation mit den Aufständischen befürchtet wird.

Von der **Marenta**, 20. März. Muschir Ismail Pascha hat seine Truppen bei Trebinje konzentriert, Detachements haben in Gacko und Vilešće. Seit dem vor etwa 3 Wochen stattgehabten Gefechte bei Zubce, wo die Türken sehr gelitten haben, ist beiderseits Ruhe, jedoch rüsten sich die Aufständischen und Montenegro, um einen neuen Schlag auszuführen. Sie sind gut bewaffnet und mit Munition hinreichend versehen. Alles was südlich von Trebinje und Gacko liegt, hat sich dem Willen des Fürsten von Montenegro unterworfen.

Am 7. hat eine Zusammenkunft der in Skutari residirenden Konsuln mit dem Fürsten Nikola am Lago di Skutari stattgefunden.

Es verlautet, daß der französische Konsul Herquard einen piemontesischen Orden erhalten hätte, was wohl ein untrügliches Zeichen der Richtung seiner Thätigkeit wäre.

Zur Wahlbewegung.

Laibach, 28. März. Die zweite, gestern vorgenommene Wahl in der Stadt hatte insofern ein günstigeres Resultat zur Folge, als drei Majoritäts-Wahlen zu Stande gebracht wurden. Bei einer Theilnahme von 462 Wählern gingen die Herren Dr. Nikolaus Recher mit 285 Stimmen, Bürgermeister Stellvertreter Guttman mit 243 Stimmen aus der Wahlurne hervor. Die nächstmeisten Stimmen, nämlich 236, erhielt Herr Ouberialrath v. Laufenstein.

Bei dem Umstande, daß in Stein eine Nachwahl vorgenommen werden muß, wäre wohl zu wünschen, daß die Wähler in Stein ihr Augenmerk auf diesen verdienstvollen Mann richteten, damit dort erreicht würde, was hier trotz allem Eifer der Liberalen nicht erreicht werden konnte. Wir lassen daher an die Herren Wähler in Stein die Aufforderung ergehen, ihre Stimmen Herrn Ouberialrath v. Laufenstein zu geben, und sind überzeugt, Stein werde seinen besten Vertreter in den Landtag senden können.

Von weiteren Wahlen der Städte und Märkte sind uns folgende bekannt worden: In Jorja ist Herr Karl Deschmann, in Gottsche Herr Koblner gewählt worden. Ferner wurden im Bezirke Gottschee u. die Herren Landesgerichtsräthe Pinder und Kromer gewählt.

Gestern hatten die Wähler des großen Grundbesitzes eine Wahlbesprechung mit Vornwahl. Hierbei erhielten die meisten Stimmen die Herren Karl von Wurzbach, Graf Anton Auerberg, Baron Otto von Apfalkern, Baron Codelli, Graf Lombart, Rudesch, Langer, Graf Pace, Graf Gustav Auerberg, Mühleisen. Heute findet die Hauptwahl statt.

An die Herren Wähler der Landgemeinden-Wahlbezirke in Laibach, Krainburg und Stein.

Gewählt zum Landtags-Abgeordneten in drei Wahlbezirken, hat mich diese Wahl um so inniger erfreut, als sie ein Akt ganz freien Willens war. In der vollen Zuversicht, daß mich meine Vaterstadt Krainburg und mit ihr die nachbarliche Stadt Laib zu ihrem Abgeordneten wählen würden, trat ich nirgends sonst als Kandidat auf, komponirte und kolportirte keine Programme, warb bei Niemandem weder direkt noch indirekt um Stimmen, daher für mich gerade Ihre Wahl einen desto größeren Werth hat, und ich kann sie nur als ein Vertrauensvotum für die Grundsätze hinnehmen, welche ich durch volle 18 Jahre in der „Novica“ in nationaler, volkswirtschaftlicher und politischer Beziehung in nichtsüberstürzender aber entschiedener Konsequenz vertrat. Indem ich für dieses schmeichelhafte Vertrauen herzlich danke, und Ihnen anzeige, daß ich schon am 21. d. M. für die Annahme der Wahl im Wahlbezirke Laibach-Oberlaibach mich zu entscheiden veranlaßt wurde, spreche ich zugleich die Versicherung aus, daß ich die Interessen aller drei Wahlbezirke und meiner Vaterstadt, die mich mit ihrem besondern Vertrauen beehren, so wie die meines ganzen theueren Vaterlandes, soviel es in meinen geringen Kräften liegen wird, mit dem wärmsten Eifer zu vertreten stets als meine heilige Pflicht halten werde.

Laibach, 26. März 1861.

Dr. Johann Bleiweis.

An meine Herren Wähler in der Bergstadt Idria.

Ich beileide mich Ihnen meinen tiefgefühlten Dank für meine mit großer Majorität erzielte Wahl als Vertreter Idria's im kroatischen Landtage auszudrücken. Ihr Ruf ist mir um so ehrenvoller, da er der Ausdruck Ihrer freiesten Willensmeinung war, und von meiner Seite außer dem Ihnen zugesendeten Programme keine andere Einflußnahme auf Ihre Wahlfreiheit stattfand. Der Widerspruch der wackeren Idrianer Bürger, sowie Ihre patriotische Gesinnung werden mir auch auf der neuen Bahn als Richtschnur gelten, und sollte ich je meine Kräfte für die mir obliegende Aufgabe zu schwach fühlen, so wird Ihr kräftiges „Glück auf!“ mir zur Aufmunterung dienen.

Laibach, 27. März 1861.

Karl Deschmann.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Breslau, 26. März. Einem Worschauer Telegramme zufolge ist an Michanoff's Stelle Generalmajor Grewicz, eine in Polen beliebte Persönlichkeit, ernannt.

Paris, 26. März. Die Interessen der Schatzbank wurden um $\frac{1}{2}$ Prozent erhöht.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien, (Mittags 1 Uhr) (Dr. J. A. Abbbl.) Die Haltung in Folge der ungarischen Verhältnisse ungünstiger. Spekulationspapiere matter. Auch Bank-Aktien flau. Staatspapiere jedoch fest. Lose 1860 etwas höher, Dampfschiff-Aktien und Silber-Prioritäts-Obligationen der Elisabeth Westbahn gesucht. Fremde Valuten und Metalle konnten die anfänglich höheren Preise nicht halten und gingen im Laufe des Geschäftes um circa 1/4% zurück. Geld knapper.

Öffentliche Schuld.		Geld		Ware		Geld		Ware	
A. des Staates (für 100 fl.)									
In österr. Währung zu 5%	59.25	59.50							
5% Anl. von 1861 mit Rückz.	83.25	85.25							
National-Anlehen mit									
Jänner-Goup.	5	76.70	76.80						
National-Anlehen mit									
April-Goup.	5	77.20	77.30						
Metalliques	5	64.70	64.90						
detto mit Mai-Goup.	5	65.20	65.40						
detto	4 1/2	15.75	56.00						
mit Verlosung v. J. 1839	109.50	109.75							
" " 1854	85.75	86.00							
" " 1860 zu									
500 fl.	81.60	81.80							
zu 100 fl.	84.20	84.40							
Gemeindef. zu 42 L. austr.	15.50	15.00							
B. der Kronländer (für 100 fl.)									
Grundentlastungs-Obligationen.									
Nieder-Österreich zu 5%	86.50	87.50							
Ob. Öst. und Salz. " 5%	86.75	87.00							
Böhmen	5	89.50	90.00						
Stiermark	5	84.50	85.00						
Mähren u. Schlesien	5	85.00	85.50						
Ungarn	5	64.75	65.75						
Tem. Ban., Kro. u. Slav.	5	62.50	63.50						
Galizien	5	62.25	62.75						
Siebenb. u. Bukow.	5	61.25	62.00						
Venetianisches Anl. 1850	5	88.25	88.50						
Aktien (pr. Stück)									
Nationalbank		712.00	714.00						
Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu									
200 fl. d. W. (ohne Div.)		162.40	162.50						
N. d. Gecomm. Ges. 3. 500 fl. d. W.		564.00	566.00						
K. Ferd. Nordb. 3. 1000 fl. G.M.		2057.00	2058.00						
Staats-Ges. Ges. zu 200 fl. G.M.		283.50	284.50						
oder 500 Kr.		186.75	187.00						
Kais. Elis. Bahn zu 200 fl. G.M.		107.00	107.50						
Süd-nordb. Verb. 3. 200 "									
Südl. Staats-lomb.-ven. u. Cent.									
ital. Ges. 200 fl. d. W. 500 Kr.									
m. 100 fl. (50%) Einzahlung		187.00	189.00						
Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.									
G. M. m. 80 fl. (40%) Einz.		156.50	157.00						
Öst. Don.-Dampfsch.-Ges.		423.00	425.00						
Don.-Dampfsch.-Ges. m. 100 fl.		145.00	175.00						
Wiener Dampfm.-Akt.-Ges.		380.00	385.00						
Besther Kettenbrücken		388.00	390.00						
Böhm. Westbahn zu 200 fl.		161.50	162.00						
Pfandbriefe (für 100 fl.)									
Nationalb. 6 Jähr. v. J. 1857 3. 5%		102.50	103.00						
Land auf 10 " detto		97.75	98.25						
G. M. verlosbare " 5		91.25	91.75						
Nationalb. (verlosbare									
auf 10 fl. W. " 5		86.75	87.00						
Lose (per Stück)									
Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.		114.25	114.75						
zu 100 fl. d. W.		100.00	100.50						
Don.-Dampfsch.-G. 3. 100 fl. G.M.		36.00	36.50						
Städt. Wien zu 40 fl. d. W.		31.00	32.00						
Öberb. " 40 " G.M.		37.50	38.00						
Salz. " 40 " G.M.		36.50	37.00						
Balss. zu 40 fl. G.M.									
Clary	40	35.50	36.00						
St. Genois	40	36.75	37.25						
Windischgrätz	20	22.25	22.75						
Waldstein	20	26.25	26.75						
Reglevich	10	16.25	16.75						
Wechsel.									
3 Monate									
Augsburg, für 100 fl. südd. W.		125.00	125.25						
Frankfurt a. M., detto		125.25	125.50						
Hamburg, für 100 Mark Banco		110.50	110.75						
London, für 10 Pf. Sterling		147.25	147.75						
Paris, für 100 Francs		58.40	58.60						
Cours der Geldsorten.									
Geld									
fl. Münz-Dufaten 6 d. 97 Kr.	6 d. 98 Kr.								
Kronen	20	25	20	28					
Napoleon's d'or	11	80	11	82					
Russ. Imperiale	12	6	12	8					
Bereinsthaler	2	20	2	20 1/2					
Silber-Agio	45	75	47						

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 27. März 1861.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 64.60	Silber . . . 146.75
5% Nat.-Anl. 76.40	London . . . 147.25
Bankaktien . . . 711.00	K. f. Dufaten 6.98
Kreditaktien 161.40	

Fremden-Anzeige.

Den 26. März 1861.

Hr. Baron Marozigh, k. k. Feldmarschall-Lieutenant, von Ziume. — Hr. Graf Barbo, Herrschaftsbesitzer, von Orosenbach. — Hr. Graf Auerberg, Herrschaftsbesitzer, von Graz. — Hr. Graf von Troppau. — Hr. Ritter v. Fichtenau, Outbesitzer, von Preßburg. — Hr. v. Langer, Outbesitzer, von Poganitz. — Hr. Smola, Outbesitzer, von Stauden. — Hr. Zembart, Outbesitzer, von Ringenfeld. — Hr. Wabitsch, Outbesitzer, von Grailach. — Hr. Gressel, Outbesitzer, von Treffen. — Hr. Werne, Forstmeister, von Schneeberg. — Hr. Ödöige, Bergbeamte, von Sabor. — Die Herren Kovazigh, Kaufmann, und — Motifelli, Holzhändler, von Triest.

3. 508. (1) Nr. 2971.

E d i f t.

Das k. k. Landesgericht hat mit Verordnung vom 23. Februar 1861, Nr. 740, wider den gewesenen Anflieger Valentin Döberlet von der Tirmau-Vorstadt, wegen Verschwendung die Kuratel zu verhängen befunden, und es wird demselben unter Einem Johann Komar von der Krakau-Vorstadt als Kurator bestellt.

k. k. städt. deleg. Bezirksgericht Laibach, am 27. Februar 1861.

3. 509. (1) Nr. 3412.

E d i f t.

Im Nachhange zum dießmännlichen Exakte vom 27. Dezember v. J., 3. 18571, dann jenem vom 4. Februar d. J., 3. 1734, betreffend die Exekutionsführung der k. k. Finanzprokuratur, gegen Bartholomäus Wschitsch von Podpezh, wird bekannt gemacht, daß, nachdem zu der auf heute, auf den 6. d. M. angeordneten zweiten Teilbitungstagsung kein Kauf-lustiger erschienen ist, am 5. April l. J. zur dritten Teilbitung geschritten werden wird.

k. k. städt. deleg. Bezirksgericht Laibach am 7. März 1861.

3. 539. (3) Nr. 575.

E d i f t.

Von dem k. k. Bezirksamte Laibach, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es habe Lukas Dorn von Praprotnim Nr. 6, um die Todeserklärung des seit der ersten französischen Invasion von der Heimat abwesenden, im Jahre 1779 gebornen Johann Dorn gebeten.

Da dem Johann Dorn, Matthäus Schiffer von Praprotnim zum Vertreter aufgestellt worden ist, so wird ihm dieses hiemit mit dem Besche bekannt gemacht, daß das Gericht, im Falle er in Jahresfrist nicht erscheint oder dasselbe auf eine andere Art in Kenntniß seines Lebens setzt, zur Todeserklärung schreiten werde.

k. k. Bezirksamt Laibach, als Gericht, am 11. März 1861.

3. 541. (2)

Ein Gut in Unterkrain,

bestehend aus Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, Aeckern, Wiesen, Waldungen und Weingärten, ist zu verkaufen. Nähere Auskunft erfährt man auf frankirte Briefe bei dem k. k. Postamte zu Möttling.

3. 486. (2)

Kinder-Ausstattungen

und

Versicherungen auf den Todesfall.

Die Gesellschaft für Lebens- und Renten-Versicherungen, der „ANKER“, bildet wechselseitige Ueberlebens-Assoziationen für Kinder und Personen jeden Alters. Diese Assoziationen bieten einem Familienvater die Mittel, durch mäßige jährliche Einzahlungen seinen Kindern eine ansehnliche Ausstattung zu verschaffen; ebenso erleichtern sie alleinlebenden Personen das rasche Ansammeln eines Kapitals, und überhaupt geben sie Jedermann die Möglichkeit an die Hand, seine Ersparnisse auf die fruchtbarste Weise anzulegen.

Kapitalien zahlt die Gesellschaft beim Absterben einer versicherten Person unter folgenden Bedingungen aus:

Um seinen Erben ein Kapital von 1000 fl., zahlbar unmittelbar nach dem Ableben, zu hinterlassen, entrichtet man der Gesellschaft:

Im Alter von 25 Jahren eine jährliche Prämie von 19 fl. 20 Kr.
" " " 30 " " " " " 22 fl. 40 Kr.
" " " 35 " " " " " 25 fl. 50 Kr.
" " " 40 " " " " " 29 fl. 90 Kr.

Im Laufe des Monats Februar 1861 wurden bei dem „ANKER“ zur Versicherung eingereicht:

a) 206 Anträge für die Ueberlebens-Assoziationen im Betrage von	194,773 fl.
b) 332 Anträge auf den Todesfall im Betrage von	813,800 fl.
548 Anträge, zusammen mit	1,008,573 fl.
Hiezu die vom 1. Jänner 1859 bis 28. Februar 1861 gezeichneten	
28,629 Versicherungs-Anträge mit	45,244,186 fl.
so ergibt sich nach 26 Monaten seit dem Bestand der Gesellschaft eine Gesamtsumme von 29,177 Anträgen im Kapitalbetrage von	46,252,759 fl.

Auszahlungen des „ANKER“ im Monat Februar 1861.

Pol.-Nr.	Wohnort der Versicherten	Letzte Krankheit	Betrag der versicherten Summen
2.876	Papa	Lungensucht	2.000
17.403	St. Pölten	Abdominal-Typhus	2.000
		Zusammen	4.000

Laut früheren Verzeichnisses waren bis 31. Jänner 1861 ausbezahlt 169,350

Gesamt-Auszahlung bis 28. Februar 1861 173,350

Anträge beliebe man an die Direktion des „Anker“, Wien, am Hof Nr. 329, oder auch in Laibach an Herrn Gustav Seimann zu richten.

3. 561. (1)

Vorwärts mit der Seidenzucht!

Maulbeerbäume

grosse und kleine schönster Gattung von 6 bis 35 kr. ö. W. das Stück, sind am landwirthschaftlichen Versuchshofe in Laibach zu haben.